

Die „Freie“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für den Bezug nehmen sämtliche Telephonbetriebe entgegen. Unter Preisnachlass bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Volant-Kaufschlag, der Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Weidestraße 64.

Die abgepalmete Konspiration über deren Raum kostet 4,- M. einschließlich Fernschreibungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufleute Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Österr.-Bezüge in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2845, 4518, 4603, 4635, 4640, 4621

# STREIF

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Orgesch-Diktatur in München

#### Die Regierung der Rebellen

Von unserem Sonderkorrespondenten

München, 12. Februar.

Nach den gestrigen Sturmigen im Landtag hat sich der Ministerrat mit der Lage befaßt und hat, wie amtlich mitgeteilt wird, die Auffassung vertreten, daß es nicht nur Pflicht, sondern auch der eigene Wunsch der Staatsregierung sei, sowohl dem Landtag als auch dem ganzen Lande „rückhaltlose Aufklärung“ über die Lage zu geben. In Abgeordnetenkreisen ist man der Auffassung, daß der Landtag, der bis zum 8. März vertagt ist, am Mittwoch, den 16. 2. zu einer besonderen Sitzung zusammenberufen wird, in der die Regierung die Interpellation der U. S. P. D. beantwortet wird, wenn nicht die Orgesch in zwischen ein anderes Verfahren erzwingt. Die ganze Regie in München sieht so aus, als ob man den Landtag in der nächsten Woche mit einer nichtsagenden Erklärung abzuwickeln will, und man hat auch nicht die Absicht, die bayerische Note an die Reichsregierung in München zu veröffentlichen. Dabei verstanzt man sich hinter die Reichsregierung, ohne deren Zustimmung die Veröffentlichung der Note angeblich nicht möglich ist. Es muß deshalb auf das nachdrücklichste von der Reichsregierung gefordert werden, daß sie von sich aus die bayerische Note der Öffentlichkeit übergibt.

Der „Bayerische Courrier“, das Sprachrohr des Ministerpräsidenten von Kahr, schreibt heute Morgen: „Die Aufnahme, die die halbamtliche Kundgebung der bayerischen Regierung (vom 10. Februar) und der bayerischen Koalitionsparteien in einem großen Teil der Berliner Presse gefunden hat, läßt vermuten, daß man die Bedeutung der Kundgebung in völlig falscher Weise einleitet. Die Annahme, als ob die halbamtliche Kundgebung der bayerischen Regierung jenseit eine Preisgabe des bisher eingenommenen Standpunktes bedeutet, ist schlechthin unverständlich. Nachgiebigkeit gegenüber einer die Auflösung der Selbstschutzorganisationen fordernden Reichsgewalt könnte sich also nur darin äußern, daß auch Bayern seine Ueberzeugung von der absoluten Unentbehrlichkeit der Selbstschutzorganisationen aufgeben und politisch sein Einverständnis mit den etwa geplanten Maßnahmen erklären würde. Davon kann schlechterdings nicht die Rede sein. Die Grundfrage war von vornherein die, wie die Verantwortung übernehmende Stelle mit den gegenwärtigen und zukünftigen Schwierigkeiten sich abfinden wird, wie sie in Bayern und damit im Reich sich aus einer Berücksichtigung der bayerischen Lebensnotwendigkeiten und des bayerischen Volksgefühls ergeben werden. Uns scheint diese Grundfrage auch heute noch ungeklärt und noch immer für die Reichsregierung Anlaß ernsthafter Erwägung zu sein.“

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Niemand in den Reihen der Koalitionsparteien dachte auch nur einen Augenblick daran, an der Notwendigkeit der bayerischen Einwohnerwehren zu zweifeln, oder gar diese Selbstschutzorganisationen preiszugeben. Die Koalitionsparteien haben nicht den geringsten Zweifel an der Notwendigkeit der Einwohnerwehren aufkommen lassen. Die Art, wie die Gegner der Einwohnerwehren sich jetzt gebärden, läßt deutlich erkennen, daß gerade dieser Schutz gegen Tollheit und Maßlosigkeit nicht entbehrt werden kann.“

Unser Münchener Parteiorgan, der „Kampf“, schreibt: „Es ist trotz der scheinbaren Nachgiebigkeit der Regierung Kahr keine Veränderung in ihrer tatsächlichen Haltung eingetreten. Sie bleibt nach wie vor der Gefangene des Ringhotels (Hauptquartier der Einwohnerwehren und der Orgesch). Ja, sie ist es in den letzten Tagen noch mehr geworden, weil gewisse Teile der ländlichen Einwohnerwehren ihr nicht mehr in ihrer folgenschweren Katastrophopolitik Gefolgschaft leisten. Sie ist nun mehr das Feigenblatt für die Diktatur der Orgeschoffiziere im Ringhotel. Herr von Kahr sitzt selbst im Ausschuß der Landesleitung der Einwohnerwehren. Er ist nicht mehr Herr seiner selbst. Er darf auf Befehl des Ringhotels nicht auf die Interpellation im Landtag antworten. Er hat daher gestern seinen Stiefelknecht geschickt, um dem Landtag kund und zu wissen zu tun, daß er aus dienstlichen Gründen nicht auf die Interpellation der U. S. P. eingehen kann. Die Frage ist klipp und klar gestellt: Das Ringhotel muß ausgeträumt werden, wenn wir Konflikte mit der Entente ausweichen wollen. Das Reich kann nicht zulassen, daß die Regierung des zweitgrößten Bundesstaates sich ihren Pflichten gegen das Reich und die deutsche Nation entzieht. Eine solche Regierung ist vollkommen überflüssig. Sie steht außerhalb der Verfassung und ist mit samt ihren Auftraggebern im Ringhotel als Rebellen zu betrachten. Wie man mit ihr nicht bloß durch parlamentarische Redensarten fertig wird, dürfte nunmehr ernsthaft in Nordbayern und im Reich zu überlegen sein. Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns endlich Taten sehen!“

Aus der vorstehenden Meldung ergibt sich, daß in München bereits die Orgeschdiktatur ausgerufen ist. Kahr führt lediglich die Befehle aus, die ihm von der bewaffneten monarchistischen Garde übergeben werden. Außerdem steht fest, daß auch die norddeutschen Militärs, die sich nach dem Kapp-Putsch in Bayern niedergelassen haben, sehr stark auf

die Regierung einwirken, sie scharf machen, unter keinen Umständen nachzugeben. Auch die rechtsstehenden Parteien Norddeutschlands, also die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei wirken unausgesetzt auf Kahr ein und ermuntern ihn, bei seiner Haltung zu bleiben. Man braucht bloß einen Blick in die rechtsstehende Presse zu werfen, um zu wissen, was los ist.

Die ganze Verantwortung liegt nunmehr bei der Reichsregierung. Nachdem sich Kahr geweigert hat, im Landtag darüber Aufklärung zu geben, welche Forderungen die Reichsregierung an die bayerische Regierung gestellt hat, muß nunmehr die Reichsregierung klaren Wein einschenken. Die Reichsregierung muß vor allem die bayerische Note der Öffentlichkeit bekannt geben, die ihr als Antwort zugegangen ist, nachdem sich Kahr geweigert hat, im bayerischen Landtag darüber zu berichten. Ein Teil der Berliner Presse ist bereits den Orgeschinsinns unterlegen. Sie behauptete, Bayern hätte seinen halsstarrigen Standpunkt in der Entwaffnungsfrage aufgegeben. Wahr ist, daß Bayern nicht daran denkt, die Einwohnerwehr aufzulösen. Das heißt also, in Bayern gibt es keine versaffungsmäßige Regierung mehr, dort herrscht ein wildgewordenes monarchistisches Rebellentum.

Es steht nun weiter fest, daß der deutschen Regierung am 9. Februar eine Mitteilung zugegangen ist, wonach die Alliierten es ablehnen, in London noch einmal über die Entwaffnungsfrage mit Deutschland zu verhandeln. Die Beratungen in London werden sich ausschließlich auf die Wiedergutmachungsfrage beschränken, und die Verzögerung der Entwaffnung über die gewährte Frist hinaus wird zu den bereits beschlossenen Zwangsmahnen gegen Deutschland führen. Die Regierung hat die Öffentlichkeit von dem Inhalt dieser Note noch nicht benachrichtigt. Es wird also das alte Doppelspiel weitergetrieben, zum Schaden für das Volk.

Wenn in Bayern eine sozialistische Regierung am Ruder wäre, dann würde die Reichsregierung schon längst zur Exekutive geschritten sein. Keine der bisherigen Regierungen hat sich gescheut, mit Gewalt gegen einzelne Länder vorzugehen, wenn den Weisungen der Reichsregierung nicht Folge geleistet wurde. Man hat, vor allem als der Kossakurs maßgebend war, den Konfliktstoff sogar absichtlich gesteigert, um Gelegenheit zum gewalttätigen Vorgehen zu bekommen. Den monarchistischen Treibern gegenüber kannte die Reichsregierung bisher aber nur äußerste Milde und Nachsicht und so ist die Regierung bisher auch im Falle Kahr verfahren, obwohl dieser Mann es direkt auf die Entfesselung einer Katastrophe abgesehen hat.

Mit dieser Politik muß jeht Schluss gemacht werden. Alle Konflikte, die sich aus dem Verhalten der Münchener Rebellen ergeben, fallen auf die Reichsregierung zurück. Sie ist es, die den bayerischen Monarchisten und ihrem norddeutschen Anhang das Spiel erleichtert.

### Gegen den nationalistischen Rummel

#### Protest unserer Bremer Bürgerchaftsfraktion

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Bremen, 12. Februar.

In der gestrigen Sitzung der Bürgerchaft, die zugleich die letzte Tagung vor der Neuwahl war, verlas der Präsident im Einverständnis mit den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten eine Protesterklärung gegen die Pariser Forderungen der Entente, in der die Regierung aufgefordert wird, wohl mit den Alliierten zu verhandeln, aber nicht auf der Grundlage der von der Entente gestellten Forderungen. Gegenüber dieser Erklärung, in der die bekannten nationalistischen Redewendungen nicht fehlten und in der mit keinem Wort die Entwaffnungsfrage auch nur gestreift wird, gab die U. S.-Fraktion der Bürgerchaft in Anlehnung an die Stellungnahme der Genossen in der Preussischen Landesversammlung eine Gegenerklärung ab, die eine deutliche Abjage an die Verbände der bürgerlichen Parteien enthält, die Einheit eines Volkes herzustellen, das sich dank der vorhandenen tiefen Klassengegenläge zu einer Einheit nicht zusammenschließen läßt. Die schleunige Entwaffnung der Orgesch und aller anderen illegalen konterrevolutionären Organisationen sei dringend erforderlich. Erst die Solidarität der Arbeiterklassen aller Länder könne der Bereicherungs politik der herrschenden Klassen ein Ende bereiten.

Gleichzeitig wurde in dieser Sitzung ein Schreiben des Reichskommissars für Entwaffnung bekanntgegeben, das die Entwaffnung der Bremer Stadtwehr bis Ende dieses Monats fordert. Gegen diese Entwaffnung hatte sich bekanntlich feinerzeit der Bremer Senat gewendet und hatte deshalb sogar den Volksscheid veranlaßt.

Kein Friedensschluß im Osten. „Matin“ erfährt aus Pariser politischen Kreisen, daß der Friede zwischen der Sowjet-Regierung und Polen noch nicht unterzeichnet worden ist. Man habe aber Anlaß anzunehmen, daß ein baldiges Einverständnis erzielt werde.

### Lehrreiche Zahlen

Was verhindert den Wiederaufbau der Wirtschaft?

Noch immer herrscht in den breiten Massen des Volkes eine große Unkenntnis über die Ursachen unseres wirtschaftlichen Elends. Auf keinem Gebiet macht sich die Vergeßlichkeit der Menschen so unangenehm fühlbar, wie auf diesem. Die großen Leiden, denen die Masse der Bevölkerung während des Krieges ausgesetzt waren, sind von vielen vergessen worden. Deshalb können es heute die an dem großen Elend Schuldigen wieder wagen, sich als die Retter des Volkes aufzuspielen, obwohl die Ursachen für den Zusammenbruch unserer Finanzen, für die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, für Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, für Unterernährung und Massensterben doch während des Krieges ihren Anfang genommen haben, und wir heute nur auskosten, was die damaligen Machthaber verschuldet haben.

Immer und immer wieder ist es deshalb unsere Aufgabe, den Blick in die Vergangenheit zurückzuwenden, um an den damaligen Verhältnissen den Nachweis zu liefern, wie ungeheuerlich das Verbrechen ist, das die Monarchie und ihre Träger, die bürgerlichen Parteien, auf sich geladen haben. Nichts verhilft uns aber zu einer besseren Erkenntnis in diese Zusammenhänge, als die Betrachtung unserer Wirtschaftsverhältnisse bei Beginn des Krieges.

Dr. Kuczynski hat in seiner letzten erschienenen Schrift „Das Existenzminimum und verwandte Fragen“ (Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15) ein wertvolles Hilfsmittel dafür geliefert. Seit November 1919 hat er in seiner „Finanzpolitischen Korrespondenz“ den Kampf um die Aufhellung der Ursachen unseres Wirtschaftselends geführt. In der Schrift „Das Existenzminimum“, deren Inhalt weit über die in dem Titel angebeutete Materie hinausreicht, hat Kuczynski die erstmalig in der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ erschienenen Artikel sachlich geordnet zusammengestellt und teilweise erweitert. In einem Anhang werden außerdem Tabellen veröffentlicht, die die verhängnisvolle Wirkung des Krieges voll vor unser Bewußtsein treten lassen. Aus ihnen geht z. B. hervor, daß am 30. Juni 1914 die je te Schuld des Reiches 5 Milliarden Mark betrug. Bis zum 30. September 1918, also schon bis Kriegsende, war sie bereits auf 133,5 Milliarden angewachsen und ist bis zum 31. März 1920 weiterhin auf 182,6 Milliarden Mark gestiegen. Schwappende Schulden waren 1914 überhaupt nicht vorhanden, sie betragen am 30. November 1920 165,9 Milliarden Mark. Der Papiergeldumlauf betrug bei Ausbruch des Krieges etwas über 2 Milliarden Mark, um bis zum 5. November 1920 auf den ungeheuerlichen Betrag von mehr als 76 Milliarden hinaufzuklettern.

In einer anderen Tabelle zeigt K. an der Hand genauer Aufzeichnungen von sechs Schöneberger Arbeiterfamilien das Steigen der Kosten der Ernährung vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1920. Dieselbe Menge Nahrungsmittel, die 1913 606,64 M. kostete, kostete — ungerundet der Verschlechterung der Waren — im Jahre 1920 7828,75 M., also etwa das Dreizehnfache.

Besonders wertvolle Angaben enthalten die Kapitel des Kuczynskischen Buches, die sich mit den Reichsfinanzen und der Steuergesetzgebung beschäftigen. Hier wird an Hand der amtlichen Zahlen der unwiderlegliche Nachweis geführt, daß die nur auf die Interessen der Besizenden bedacht nehmende Finanzpolitik während des Krieges und seit dem Zusammenbruch, die tiefste Ursache für den außerordentlich schlechten Stand der deutschen Wälua ist, und daß die Finanzen nur gesunden können, wenn die besizenden Kreise in Deutschland höhere Steuern zahlen. Mit Recht sagt deshalb Kuczynski:

„Unsere Finanzpolitik war leichtsinnig, solange wir an den Sieg glaubten, sie blieb leichtsinnig auch nach der Niederlage, sie ist leichtsinnig bis auf den heutigen Tag.“

Eingehend beschäftigt sich K. mit dem völligen Bankrott unserer Besitzteuern, die nur zum geringsten Teile an das Reich abgeliefert werden. Es sei deshalb eine Lüge, wenn diese Steuern als unerträglich bezeichnet werden.

In einer Zeit, wo die Besitzlosen von allen Seiten immer wieder ermahnt werden, bei der Arbeit ihr Außerstes herzugeben, ist es eine Schamlosigkeit, wenn Millionäre Abgaben, wie das Reichsnotopfer oder die Reichseinkommensteuer, als unerträglich bezeichnen. Unerträglich als diese Steuern, und zwar unerträglich für die Volkswirtschaft und für 99 Prozent der Bevölkerung ist der heutige Zustand, bei dem das Reich so geringe Einnahmen aus Steuern hat, daß es damit kaum ein Viertel seiner Ausgaben decken kann und immer neue Schulden machen muß.“

Bei dieser Sachlage wird auch der Zusammenbruch der deutschen Wälua verständlich. Hundert deutsche Mark waren im Jahre 1914 120,31 Schweizer Franken wert. Im Jahre 1915 aber nur noch 109,27, im Jahre 1916 nur noch 92,67, 1917 72,08, 1918 74,07, um dann infolge der immer größeren Verschlechterung der Reichsfinanzen durch

die Steuerföhen der Besizenden bis zum Dezember 1919 auf 11,00 herabzulegen.

In dem Wahlkampf leistet deshalb die Schrift von Kuzynski sehr wertvolle Dienste. Jeder Agitator muß sie haben, um an Hand von Beweisen zeigen zu können, daß nichts so sehr den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft fradigt, nichts so sehr das Elend der Arbeiterklasse vergrößert, als die nur auf dem Papier stehenden Besitzsteuern und die Steuerföhen der Kapitalisten.

### Prozentpatrioten

Der gefällige Diener der Steuerdrücker, der Herr Reichsfinanzminister Dr. Wirth, reist im Lande umher, um sich von den maßgebenden Kreisen der Industrie und des Handels seine Anweisungen für die Steuerpolitik zu holen. Obwohl er bemüht ist, die gefüllten Geldbeutel mit der äußersten Zartheit zu behandeln, holt er sich doch fast überall einen Küffel. Jetzt hat ihn die Handelskammer in Bremen vor ihr Forum gefordert. Herr Wirth ist erschienen und ließ sich vom Präsidenten der Handelskammer, einem Herrn Koch, folgendes sagen:

„Der Handel und die Industrie mühten die heutige Steuer-gehebung einmütig abzulehnen. Die Einkommensteuer zollte vor allem katastrophale Folgen. Das wirtschaftliche Leben der deutschen Bundesstaaten sei durch die Steuer-gehehe vernichtet. Hinsichtlich der von den Alliierten geforderten Kriegsschadigung könne nur ein machtvolles Nein die Antwort für die Feinde sein. Koch schloß seine Ausführungen mit der Bitte an den Minister, seinerseits mit allen Kräften auf der Londoner Konferenz dafür einzutreten, daß die dem deutschen Volk zugehenden Lasten in den Grenzen des Erträgliden bleiben.“

Das ist ein offenes Bekenntnis. Die Herren lehnen die Forderungen der Entente ab, nicht weil sie, wie wir, die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Durchführung dieser Abgabe kennen, sondern weil sie fürchten, daß sie in schärferer Weise zur Steuerzahlung herangezogen werden mühten, um die Kriegsschadigung zu decken. Einen anderen Sinn hat die von Herrn Koch beliebte Verbindung der Forderung nach Ablehnung der Ententeansprüche mit der anderen Forderung, man möge bei der Festsetzung der Einkommensteuer die Geldbeutel schonen, nicht. Sie haben eine Politik getrieben und gebilligt, die den letzten Anstoß zu dem Weltverbrechen des Weltkrieges gab. Sie haben Millionen geschleht aus dem Wahnsinn des Krieges und aus der Not der Kriegsfolgen. Jetzt, wo es darauf ankommt, einen Teil der gesammelten Millionen herzugeben für die Wiedergutmachung des Wahnsinnes, sei es im Inlande oder als Kriegsschadigung, drücken sie sich.

Und was hat Herr Wirth dazu zu sagen? Er anerkennt zwar die stillige Pflicht, am Wiederaufbau zu helfen, aber nur das, was die deutsche Wirtschaft zu leisten vermöge. Was sie aber zu leisten vermöge, das wird durch die Steuerföhen der Besizenden in Schichten bestimmt. Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß die deutsche Wirtschaft die Forderung der Entente nicht erfüllen kann, wir mühten uns aber dagegen wenden, daß die Höhe dieser Forderungen benutzt wird zur Rechtfertigung der skandalösen Steuerdrückerei dieser Kreise, von denen Herr Wirth seine Anweisungen empfängt. Wirth erklärte ferner, daß heute die Notwendigkeit bestehe, die Einkommensteuer abzubauen, aber der Besitz müsse „herangezogen“ werden. Wir sind gespannt, wo der Reichsfinanzminister mit dem Abbau der Einkommensteuer beginnen wird. Bei der erdrückend hohen Belastung der arbeitenden Schichten durch sie ganz gewiß nicht.

Dieser Zustand, daß eine Regierung ihre Aufgabe in beständiger Liebedienerei vor den besizenden Schichten erblickt, wird immer unerträglich. Gelingt es den Parteien, die gegenwärtig die Regierung im Reich befehlt halten, am 20. Februar den Sieg auch in Preußen davonzutragen, so wird sich das Elend steigern. Alle Kräfte des Proletariats mühten aufgeboten werden, das zu verhindern. Überall mühten die Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gewählt werden.

Waffenfunde in Hamburg. Der Hamburger Polizei ist es gelungen, in einem Privathause eine Anzahl Maschinengewehre und große Mengen von Maschinengewehr- und Gewehrmunition zu finden und zu beschlagnahmen. Die Waffen und Munition wurden

von auswärts nach Hamburg gebracht und sollten von hier aus nach einem holländischen Ort gebracht und dort verborgen werden, um sie einer Geheim-Organisation zu sichern. Die Polizei hat alle an dem vortobenden Waffensatz und Transport beteiligten Personen festgesetzt.

### Rehre wieder alte Zeit!

So singen die reaktiären Parteien, so hört man es in allen Wahloersammlungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Wie aber sah diese alte Zeit aus? Hier ein kleines Beispiel:

Der Monarchismus kostete dem deutschen Volk im Frieden: Preußen jährlich an barem Geld . . . . . 21 719 296 Mark  
Bayern . . . . . 5 403 986 „  
Württemberg . . . . . 2 115 877 „  
Sachsen . . . . . 4 076 508 „  
Baden . . . . . 1 876 269 „  
Hessen . . . . . 1 235 000 „  
Braunschweig . . . . . 1 125 323 „  
Anhalt . . . . . 1 688 169 „  
Sachsen-Altenburg . . . . . 800 000 „  
Oldenburg . . . . . 510 000 „  
Sachsen-Koburg-Gotha . . . . . 104 000 „  
Sachsen-Meinungen . . . . . 800 000 „  
Sachsen-Weimar-Eisenach . . . . . 860 000 „  
Mecklenburg-Schwerin und Strelitz . . . . . 400 000 „  
Königliche und jüngere Linie . . . . . 300 000 „  
Schaumburg-Lippe . . . . . 250 000 „  
Lippe-Deimold . . . . . 200 000 „  
Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen . . . . . 400 000 „  
Waldeck . . . . . 200 000 „

Zusammen 43 620 489 Mark

Wir glauben kaum, daß die königlichen und sonstigen Monarchen auf eine „Lohnbewegung“ jezt nach dem Kriege verzichtet hätten, und nehmen wir bloß diese Summen zehn mal so hoch an, dann hätteft du, kleiner Steuerzahler, jährlich 436 204 890 Mark (in Worten: vierhundertsechunddreißig Millionen, zweihundertundvierundachtzigtausendachtundneunzig Mark) für „deine“ Fürsten zu zahlen. Die Salons- und Hofzüge und die Vorliebstreit dieser Herrschaften mühte man noch dazu rechnen.

Wollt Ihr die Wiederkehr dieser Zustände, dann stimmt am 20. Februar für die reaktiären Parteien. Wenn Ihr aber haben wollt, daß aus Preußen und aus Deutschland ein Gemeinwesen werde, das von den Interessen des werttätigen Volkes geleitet wird, dann sorgt für die Wahl der Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie.

### Auf der Suche nach Wahlheffern

Die Deutsche Volkspartei braucht Flugblattverbreiter und andere Wahlheffer. Sie wendet sich daher mit einem Rundschreiben an ihre Parteimitglieder, das sie mit der fürchterlichen Strafpistel schließt: „Wer nicht hilft, ist wert, daß er durch sozialdemokratische Gesetze und Steuern ausgeplündert wird.“

Ein neues unfreiwilliges Eingeständnis, daß die Volkspartei sich eine gründliche „Steuerreform“ im Sinne der noch weiteren Entlastung des Besitzes vorgenommen hat. Sozialdemokratische Ausplünderung heißt doch aus der stillvollen Sprache der Geschäftsstelle der Volkspartei in vulgäres Deutsch übertragen. Belastung der Einkommen nach ihrer Tragfähigkeit. Denn daß die Partei der Stinnes, Vogler, Stresemann und anderer Größen der novemberlichen Heidenkellerfraktionen mit ihrer Unheilsankündigung nicht an die Ausplünderung des proletarischen Existenzminimums denkt, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden.

### Das türkische Programm für London

St. London, 12. Februar.

Wie gemeldet wird, ist zwischen der türkischen Delegation aus Konstantinopel und den Nationalisten eine völlige Einigkeit erzielt worden, und zwar hat man bereits ein gemeinschaftliches Programm aufgestellt, das auf der Londoner Konferenz vorgelegt werden soll. Dieses Programm enthält folgende Punkte:

1. Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität über die Dardanellen und Konstantinopel.
2. Die Türkei wird eine internationalisierte Kontrolle über die Dardanellen annehmen, die die Freiheit der Dardanellen gewährleistet, wenn die Vereinten Staaten in dieser Kontrollkommission Sitz haben. Die Türkei legt großen Wert auf die Beteiligung Amerikas als Gegengewicht gegen den englischen Imperialismus.
3. Die türkische Souveränität über Anatolien, Smirna, Urfa und Ertab (das erst gestern von den Franzosen erobert wurde), soll anerkannt werden.
4. Der größte Teil Thrakiens, einschließlich Adrianopels, soll an die Türkei kommen, während Bulgarien einen Hafen am ägäischen Meer erhält.
5. Vollständige Garantie der Rechte der türkischen Minderheiten in den Gebieten, welche von der Türkei abgetrennt wurden.
6. Finanzielle Hilfe der Alliierten zur Reorganisation der türkischen Verwaltung.

Wie verlautet hat Agha Paşa bereits einen Waffenstillstand mit den Griechen geschlossen, die wohl wegen ihrer schweren Verluste dazu gezwungen waren.

### Deutschlands Haltung in London

St. London, 12. Februar.

Neuer ist dazu ermächtigt, mitzuteilen, daß in englischen zuständigen Kreisen, hinsichtlich des deutschen Vorgehaltens bei der Annahme der Einladung zur Londoner Konferenz, die Absicht vorherrscht, die beste Art, den Gang der Geschäfte zu erleichtern, wäre, wenn die Deutschen konkrete Vorschläge darüber einreichen, wie sie die Forderungen der Alliierten erfüllen wollen. Es würde so Zeit gewonnen werden, da jeder Versuch, die Pariser Beschlüsse umzustürzen, fehlschlagen mühte.

### C. G. L. über den Wiederaufbau

Paris, 11. Februar.

In einer Kundgebung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C. G. L.) an die organisierte Arbeiterschaft, in dem der Entwurf eines Mindestprogramms aufgestellt wird, heißt es an einer Stelle, das Programm des Wiederaufbaues der verwüsteten Gebiete beherrscht die ganze wirtschaftliche Tätigkeit der französischen Nation und mühte mit anderen Methoden als den bisherigen fortgesetzt werden. Es sei bedauerlich, daß die französische Regierung dem Anerbieten amerikanischer Mitarbeiter und dem durch die internationalistische Organisation erfolgten Angebot der Beteiligung deutscher Arbeiter nicht Folge gegeben habe. Diese Angebote, die nicht hinfällig geworden seien, sollten endlich in Erwägung gezogen und zum Wohle der Interessen der Geschädigten und des Landes benutzt werden.

### Der Krieg in Irland

London, 11. Februar.

Nach einer Neutermelbung aus Dublin besagt ein amtlicher Bericht, daß ein Militärflugzeug bei Limerick landen mühte. Während der Führer abwesend war, zerstörten die Aufständischen die Maschine und entführten den Beobachter.

Nach einem amtlichen Wochenbericht hat der Guerillakrieg gegen die Streitkräfte der Krone in Irland während der letzten Wochen mit unerminderter Heftigkeit angehalten. Es wurden zahlreiche Handgranateneingriffe gegen die Postautos in den Straßen von Dublin unternommen. Die Verluste der Truppen und Polizisten waren indessen gering. Seit dem Beginn der Unruhen bis zum 5. Februar wurden 224 Polizisten getötet und 336 verwundet, ferner 37 Soldaten getötet und 143 verwundet.

### Die Eisenbahnermorde

London, 11. Februar.

Der Vollzugsausschuß des Nationalverbandes der Eisenbahner hat sich heute mit der Streikführung des Verbandes der Lokomotivführer und -beher beschäftigt und eine Entschlieung angenommen, in der das Parlamentsmitglied Thomas angefordert wird, sofort nach Zusammentritt des Parlaments eine genaue Untersuchung der in Mallo in Irland erfolgten Erschießungen zu fordern, sowie auf eine öffentliche Unteruchung der gesamten Frage der von den Streitkräften der Krone in Irland ausgeübten Regierung zu dringen. Bis dahin wird der Nationalverband der Eisenbahner keine Aktion ergreifen.

### Peter Kropotkin

Von A. Mariow

Im Alter von 78 Jahren ist Peter Kropotkin in Durigew bei Moskau gestorben.

Ein Mann von großer Bildung und Begabung, ist Peter Kropotkin sein ganzes Leben lang ein Freund aller Unterdrückten geblieben. Aus einer sehr reichen und hochadeligen Familie stammend — sie führte sich auf die Kuria-Dynastie zurück, die vor den Romanoffs über das moskowitzische Reich jahrhundertlang geherrscht hatte — wurde Peter Kropotkin, der in seiner Jugend als Gardeoffizier am Zarenhofe diente, ein von der Bourgeoisie aller Welt gehaßter und gefürchteter Anarchistischer Führer, mit dessen Namen besonders in den Jahren der politischen Reaktion der 80er Jahre, die politische Polizei das Spießbürgertum in allen Ländern zu terrorisieren pflegte.

Vor sechzig Jahren wurde der junge Peter Kropotkin in der Militärtschule von der mächtigen geistigen Bewegung mitverlesen, die damals die gebildeten Schichten der russischen Gesellschaft erschuf, als Russlands Zusammenbruch im Krimkrieg die innere Auflösung der ganzen, auf der Hörigkeit der Bauern gebauten, Gensoldaten-Monarchie von Nikolaus I. entfaltete. Gegen die Religion, gegen alle geistige Ueberlieferungen des alten Sklaven-Russlands, gegen das Elend der geknechteten Bauern, wie gegen die „patriarchalische“ Bevormundung der gebildeten Schichten durch den allmächtigen Polizeidespotismus revoltierte die ganze Generation von 1860, indem sie mit Sympathie, wenn nicht immer mit klarem Verständnis, alles jubelnd begrühte, was in westeuropäischen Ländern in ganz anderem historischen Milieu auf dem Gebiete des sozialen Kampfes unter der Fahne der Freiheit und Gerechtigkeit sich abspielte. Und da in Westeuropa damals die radikale Negation des Bestehenden und Ueberlieferungen unter dem Zeichen des Sozialismus sich entwickelte, so kam es, daß auch im halbasiatischen, wirtschaftlich rückständigen Zarenreich selbst die individualistischen, auf die Befreiung der Persönlichkeit von den Fesseln der Ständeordnung gerichteten Bestrebungen, in der sozialistischen Idee ihre Berechtigung suchten.

Die geistige Revolution weckte bei den russischen Intellektuellen ein reges Interesse an den exakten Wissenschaften, im Gegensatz zu der Metaphysik, in der sich in Zeiten des politischen Schlafes der russischen Gesellschaft, das soziale Leben abzuspiegeln pflegte. Kropotkin widmete sich der Geographie und auf diesem Gebiete wußte er sich später einen großen Namen in der Gelehrtenwelt zu verschaffen. In derselben Zeit aber interessierte er sich für die kulturelle und politische Bewegung seiner Zeit und als er im Anfang der 70er Jahre nach Westeuropa reiste, geschah es, um die sozialisti-

sche Bewegung des westeuropäischen Proletariats am Orte selbst zu studieren.

Hier wurde Kropotkin Anhänger der „föderalistischen“ Richtung der ersten Internationale, die unter dem Einfluß Michael Bakunins stand, ihren festesten Stützpunkt in den Arbeitern der kleinen Industrie in der romanischen Schweiz hatte und die den Parlamentarismus, den Kampf um die politische Macht, das Parteiwesen und den Staat prinzipiell ablehnte. Nach Rußland zurückgekehrt, trat Kropotkin in die geheime Organisation ein, die unter dem Einfluß derselben Ideen eine aufklärende Tätigkeit unter den Fabrikarbeitern entfaltete. Das war die berühmte Gruppe von Nikolaus Tschakowsky, der sich nach 50 Jahren revolutionären Kampfes aus einem Anarchisten durch den reformistischen Sozialismus zum reaktionären Nationalisten entwickelte, und als Diener der Entente und Anhänger Koltshaks eine lästliche Rolle in der russischen Interventionsepoche spielte. In geheimen Zirkeln hielt Kropotkin den Arbeitern Vorträge über die europäische sozialistische Bewegung. Nicht lange dauerte diese Tätigkeit. Von der Polizei verhaftet, und in die Peter-Pauls-Festung eingesperrt, entwich er durch jene lähne Flucht aus den Kasmatten, die er in seinen „Erinnerungen“ geschildert hat. Er entfloß ins Ausland, um von diesem Moment an seine ganze Kraft der westeuropäischen revolutionären Bewegung und der Wissenschaft zu widmen. Nach dem Tode Bakunins wurde er der angesehenste Theoretiker des Anarchismus.

Die theoretische Begründung des anarchischen Kommunismus suchte Kropotkin nicht in der Analyse der Tendenzen der ökonomischen Entwicklung, sondern in abstrakten soziologischen Gesetzen, indem er im sozialen Leben immer den Kampf der kollektivistischen, auf dem Solidaritätsgefühl beruhenden Triebe mit den individualistischen, auf die Konkurrenz und den Kampf um die Existenz sich richtenden, feststellt und die Harmonie zwischen den beiden Trieben in einer zwanglosen Vereinigung der Produzenten zu konstruieren versucht. Um die Lebensfähigkeit und den endlichen Triumph des Kollektivismus zu beweisen, sucht er seinen Ursprung auch in der biologischen Welt, wo die Kooperation und freiwillige Selbstbeschränkung des Individuums für das Ganze neben dem Kampfe ums Dasein einen mächtigen Faktor des Lebens bildet.

Diese ganze Methode steht außerhalb des wissenschaftlichen Sozialismus, wie ihn Marx und Engels auf Grund der materiellen Geschichtsauffassung ausgebildet haben. Sie reist Kropotkin in die Schule der sozialen Utopisten ein, die die Notwendigkeit und den Charakter einer neueren Gesellschaftsform aus der „Natur“ der Menschen oder ähnlichen utopistischen Fiktionen ableiten wollten. Ebenso bleibt bei Kropotkin seine radikale Negation des Staates metaphysisch. Gleich Proudhon und Bakunin konstruiert er einen überhistorischen, zu allen Zeiten wiederkehren-

den unpersönlichen Gegensatz zwischen der staatlichen Organisation und dem sozialen Prinzip, den er in Dorfgemeinde, in Zünften und Arbeitergilden, in der mittelalterlichen Kommune usw. verkörpert findet, und als die natürliche Form der gesellschaftlichen Verbindung der Produzenten, der „künstlichen“ hierarchischen Bindung der Menschen im Staate, gegenüberstellt. Er ist fern davon, den Staat in seinen verschiedenen Formen als notwendiges Resultat der Klassenschichtung der Gesellschaft selbst zu betrachten und sieht in allen diesen Formen nur den mächtigen Faktor, der diese Klassenschichtung immer zu befestigen und zu vertiefen strebt. Letzten Endes findet man, wenn man diese Antithese bei Kropotkin oder Bakunin im Lichte der materialistischen Methode analysiert, daß sie nichts anderes darstellt als die ideologische, bei den Revolutionären des wirtschaftlich rückständigen Ostens sehr erklärliche Widerspiegelung des Gegenlikes, in dem das Bauerntum und das rückständige Kleinbürgertum zu dem zentralisierten, modernen Staate stehen, der die wirtschaftliche Hegemonie der Großstadt über das Land, und der konzentrierten über die zerplitterte Produktion, gestiftet und ausgedehnt hat.

Aber so wenig diese anarchische Negation des Staates als Wegweiser für die moderne revolutionäre Bewegung taugt, so erwies sie sich manchmal nicht ohne praktischen Nutzen in der Bekämpfung von einigen Ueberlieferungen in der Arbeiterbewegung, besonders in den romanischen Ländern, nämlich des Jakobinischen Kultus der Staatsgewalt. Gegen diese blugünstig-jacobinische Strömung in dem Sozialismus, die neuerdings in dem bolschewistischen Neo-Kommunismus wieder aufsteht, wie später auch gegen den sozial-reformistischen Staatskultus, ist die anarchisch-föderalistische Ideologie nicht immer in historischem Unrecht.

Auf die revolutionäre Bewegung in Rußland selbst übte eigentlich Kropotkin viel weniger Einfluß aus als auf die proletarische Bewegung im Westen. Denn vom Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ab konzentrierten sich die Bemühungen aller Revolutionären in Rußland auf den Kampf mit dem Zerismus um dieselbe Demokratie, die Kropotkins Theorie abstrakt und für alle Zeiten verneinte. Nur in der Zeit der ersten russischen Revolution konnten Kropotkins Anhänger eine Rolle in der Massenbewegung spielen, doch blieb ihre Kraft im Verhältnis zu den „politischen“ Sozialisten unbedeutend. Und zur Zeit des Weltkrieges, als Kropotkin seinen absoluten Anti-Patriotismus preisgab, um die relative Fortschrittlichkeit des „demokratischen“ Westens gegenüber dem preussischen Militarismus anzuerkennen, kam es bei ihm zum Bruch mit seinen meisten russischen Schülern. Während der letzten Jahre stand er außerhalb der gesellschaftlichen Kämpfe, von allen Sozialisten als der Mann gehdrt, der sein langes Leben der Idee der sozialen Emanzipation des Arbeiters gewidmet hatte.



